

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und Fraktion (**FREIE WÄHLER**)

### **Zukunft unserer Kinder sichern – Familienpolitische Weichen richtig stellen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, sich ab sofort

- für die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung im Grundschulbereich,
- für den konsequenten Ausbau von flexiblen Ganztagsangeboten an weiterführenden Schulen,
- für eine stärkere, finanzielle Förderung der Teilzeitberufsausbildung,
- für das Eindämmen von atypischen Beschäftigungsverhältnissen in Absprache mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden,
- für den Ausbau der Angebote der Kinderbetreuung, vor allem in Rand- und Ferienzeiten und
- für eine stufenweise kostenfreie Gestaltung der Kinderbetreuung

einzusetzen.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Weiterentwicklung des Ehegattensplittings hin zu einem Familiensplitting einzusetzen.

#### **Begründung:**

Das Bild der Familie hat sich in den vergangenen Jahren aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen stark gewandelt. Gerade junge Eltern setzen häufig nicht einseitig auf Familie oder Beruf, sondern wünschen sich die Vereinbarkeit beider Lebensbereiche und sind dazu nicht selten auch auf zwei Einkommen angewiesen. Eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist aber ganz wesentlich auch von einer zuverlässigen und qualitativ hochwertigen Betreuung der Kinder abhängig.

So lässt sich nur durch einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuungsangebote im Grundschulalter sowie den konsequenten Ausbau von Ganztagsangeboten auch an weiterführenden Schulen die in dieser Lebensphase äußerst wichtige Betreuung tatsächlich sicherstellen. Der Rechtsanspruch wurde im Übrigen bereits im „Bayernplan 2013 – 2018“ zugesichert und findet sich jetzt auch im Unionsprogramm zur Bundestagswahl. Nun gilt es, den Rechtsanspruch endlich einzuführen, um Eltern baldmöglichst dabei zu unterstützen, Arbeit und Familie besser miteinander verbinden zu können. Gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass die Vielfalt der bestehenden Betreuungsmöglichkeiten erhalten bleibt, um die notwendige Flexibilität sowie eine bedarfsgerechte Gestaltung der Angebote zu gewährleisten und damit Bedürfnisse von Eltern, Schülerinnen und Schülern, aber beispielsweise auch unterschiedliche Bedarfe in urban und ländlich geprägten Regionen, Berücksichtigung finden können. Die Umsetzung der Ganztagsbetreuung muss zudem durch ein staatliches Finanzierungsprogramm für die aus dem Rechtsanspruch und dem Ausbau von Ganztagsbetreuungsangeboten resultierenden Kosten begleitet werden.

Mütter und Väter ohne abgeschlossene Berufsausbildung sehen sich bei ihrer Suche nach einem Teilzeitausbildungsplatz vor enorme Hürden gestellt. Gerade diese Gruppe von meist jungen Menschen, welche noch am Anfang ihres Erwerbslebens stehen, gilt es zu unterstützen, da sie gleichzeitig schon Verantwortung für den eigenen Nachwuchs tragen. Engagierte Vereine wie etwa der Sozialdienst katholischer Frauen e.V. (SkF) bieten sowohl interessierten Arbeitssuchenden als auch Arbeitgebern Rat und Unterstützung bei der Durchführung einer Teilzeitausbildung an. Um derartige Initiativen weiter ausbauen zu können und interessierten Frauen und Männern in ganz Bayern solche Unterstützungsangebote zu ermöglichen, bedarf es einer stärkeren Finanzierung und eines Ausbaus dieses Angebots.

Ferner müssen selbstverständlich die Betreuungsangebote in den Rand- und Ferienzeiten schnellstens verbessert werden, so ist aufgrund der Flexibilisierung der Arbeit auch eine Flexibilisierung der Kinderbetreuung unumgänglich. Hier müssen die Träger von Kindertageseinrichtungen eine bessere Finanzierung erfahren sowie unnötige Bürokratie zurückgefahren werden. Ziel muss letztendlich sein, die Kinderbetreuung mittelfristig stufenweise kostenfrei zu gestalten, um alle Eltern in Bayern finanziell zu entlasten.